

Karlies Abmeier

„Nicht die Einheit bedarf der Rechtfertigung, sondern die Trennung“. Dieser Satz Joseph Ratzingers aus einem Vortrag von 1976 lässt die persönliche Korrektur Papst Benedikts XVI. bei der Programmgestaltung seines Deutschlandbesuchs im Herbst 2011 vielleicht nicht mehr ganz so überraschend erscheinen. Außergewöhnlich bleibt sie dennoch: Im März 2011 schrieb er an den Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland, dass er der Begegnung mit evangelischen Christen einen größeren Platz als bis dahin vorgesehen einräumen wolle. Dieser Brief zeigt, dass der Papst im Ursprungsland der Reformation deutliche ökumenische Akzente setzen will (vergleiche *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 11. März 2011).

Benedikt XVI. kommt aber nicht nur in ein Land, das vom Zusammenleben verschiedener Konfessionen geprägt ist, sondern auch in ein Land, in dem in manchen Gegenden konfessionslose Gottvergesenheit und ein Gewohnheitsatheismus vorherrschen. Das gilt vor allem für die beiden ersten Stationen seines Besuchs, die Hauptstadt Berlin und das Land Thüringen. Die weitgehende Säkularisierung kann man, wie eine Studie der Evangelisch-Lutherischen Kirche formuliert, als eine „ökumenische Herausforderung“ begreifen (vergleiche *Säkularisierung. Eine ökumenische Herausforderung für die Kirchen*, Hannover 2010). Doch nicht nur die Suche nach Gott und seiner Bedeutung für das Leben der Menschen in der Welt von heute ist eine gemeinsame

Aufgabe für alle Christen, sondern vor allem auch das gemeinsame Handeln in der Gesellschaft.

Gemeinsam gegen den totalitären NS-Staat

Der ökumenische Gedanke kam in den Kirchen der Reformation zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts auf, als die Glaubwürdigkeit der christlichen Botschaft in der Mission durch das Konkurrenzverhalten verschiedener Kirchen geschwächt wurde (vergleiche Johannes Oeldemann: *Einheit der Christen, Wunsch oder Wirklichkeit?* Regensburg 2009, Seiten 49 und 54). Die Schrecken des Ersten Weltkriegs und das Gegenüber eines totalitären Regimes des Nationalsozialismus gaben der interkonfessionellen Ökumene neue Schubkraft. Ein Beispiel ist die „Una-Sancta-Bewegung“ mit ihrem Gründer Max Josef Metzger, der vom Volksgerichtshof unter Roland Freisler zum Tod verurteilt und hingerichtet wurde.

Besonders eindrucksvoll wird der Wandel in den ökumenischen Beziehungen durch das Zeugnis der vier Lübecker Märtyrer offenbar: Drei katholische Kaplaner, Johannes Prassek, Eduard Müller und Hermann Lange, sowie der evangelische Pastor Karl Friedrich Stellbrink waren in das Visier der Gestapo geraten, weil sie Predigten des Bischofs von Münster, Clemens August von Galen, verbreiteten, in denen dieser die Tötung von geisteskranken Menschen verurteilte. Ihre gemeinsame mutige Tat war

nicht selbstverständlich, denn sie übersritten damit die damals noch engen konfessionellen Grenzen. Pastor Stellbrink war tief in einem national-protestantischen Milieu verwurzelt und dem Katholischen durchaus abgeneigt. Doch führten ihn die nationalsozialistische Kirchenfeindlichkeit und die Tötung behinderter Menschen mit den drei Kaplänen zusammen; nach einem Schauprozess wurden sie gemeinsam 1943 hingerichtet. Die Feiern zur Seligsprechung der drei Kapläne versammelten Ende Juni dieses Jahres 8000 Menschen, sodass die „durchlebte und durchlittene Ökumene unter dem Kreuz“, wie der evangelische Bischof Gerhard Ulrich beim Gedenkgottesdienst sagte, auch heute einen ökumenischen Zusammenhalt in der protestantisch geprägten Hansestadt bewirken kann, in der es schon seit Jahren einen gemeinsamen öffentlichen Kreuzweg gibt – Zeichen einer Ökumene, die „aufgebaut (ist) auf der Ökumene der Märtyrer“, so Kardinal Kaspers in seiner Predigt bei der Seligsprechung (siehe <http://www.luebeckermaertyrer.de>).

Auch die Mitglieder des Kreisauer Kreises um Helmuth James Graf Moltke und der Widerstand des 20. Juli 1944 stammten aus unterschiedlichen Konfessionen. Aus ihren christlichen Grundüberzeugungen standen sie gemeinsam in Opposition zum Hitlerregime, das mit seiner menschenverachtenden Politik allen christlichen Wertmaßstäben Hohn sprach.

Besinnung auf die Kräfte des Christentums

Die Erfahrung des Nationalsozialismus und die Schrecken des Zweiten Weltkriegs führten in der Nachkriegszeit zu einer bewussten Hinwendung zu christlichen Werten. Dies spiegelt sich etwa im Gottesbezug des Grundgesetzes wider sowie explizit in der bayerischen Verfassung, die bemerkenswert klar vom

Trümmerfeld spricht, das „eine Staats- und Gesellschaftsordnung ohne Gott, ohne Gewissen und ohne Achtung vor der Würde des Menschen“ hinterlassen habe.

Nachdem in der Weimarer Republik alle Versuche gescheitert waren, die Zentrumsparterie überkonfessionell zu öffnen, setzt der Berliner Gründungsaufwurf der CDU 1945 ganz bewusst auf die Zusammenarbeit aller Christen in der Politik und baut auf den gemeinsamen ökumenischen Ansätzen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus auf, weil eine „Ordnung in demokratischer Freiheit nur entstehen (könne), wenn wir uns auf die kulturgestaltenden sittlichen und geistigen Kräfte des Christentums besinnen“. Eugen Gerstenmaier wird der Satz zugeschrieben, dass die Konstituierung der CDU in den Gefängnissen von Tegel begonnen habe.

Wertorientierung in der Politik

Während Politiker beider Konfessionen aus christlicher Überzeugung Politik in verschiedenen demokratischen Parteien – nicht nur, aber vor allem in der Union – zu gestalten suchten, dauerte es in den Kirchen selbst bis in die 1970er-Jahre, bis gemeinsame Stellungnahmen veröffentlicht wurden.

Eine Zusammenarbeit blieb weitgehend auf die Hilfswerke wie etwa Brot für die Welt und Misereor sowie auf eine Kooperation in der Gemeinsamen Konferenz der Kirchen für Entwicklungsfragen (GKKE) beschränkt; Publikationen über Abrüstungsaufgaben bis zur internationalen Schuldenkrise dokumentieren das Engagement.

Die Zurückhaltung wird auf traditionelle konfessionsspezifische Unterschiede der ethischen Begründung zwischen katholischer Moralthologie beziehungsweise Soziallehre und evangelischer Sozialethik zurückgeführt. Sie konnten überwunden werden, indem

man sich stärker auf die biblische Botschaft bezog und die biblische Argumentation zum Ausgangspunkt für ethische Einschätzungen zu Grundpositionen der politischen Diskussionen machte (vergleiche Karl Lehmann: „Ökumenische Sozialethik? Ein Werkstattbericht aus der Kooperation der Kirchen“, in: *Ökumene – wohin? Bischöfe und Theologen entwickeln Perspektiven*, herausgegeben von Bernd Jochen Hilberath und Jürgen Moltmann, Tübingen 2000).

Inzwischen sind zu Fragen der ethisch verantworteten Gestaltung der Gesellschaft viele gemeinsame Texte entstanden, die sich grundlegenden Themen der Gesellschaft von der Ökologie bis zur Friedenssicherung widmen. Das Ziel dieser Impulse ist in dem gemeinsamen Dokument „Demokratie braucht Tugenden“ beschrieben: „Die Kirchen äußern sich zu diesen Fragen und Herausforderungen nicht, um selbst Politik zu machen oder für einzelne politische Aufgaben Lösungen anzubieten. Ihren Auftrag und ihre Kompetenz sehen sie vor allem darin, für eine Wertorientierung in der Politik einzutreten, in deren Zentrum die Würde jedes Menschen, die Achtung der Menschenrechte und die Ausrichtung am Gemeinwohl stehen“ (vergleiche *Demokratie braucht Tugenden. Gemeinsames Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur Zukunft unseres demokratischen Gemeinwesens*, Hannover/Bonn 2006, Gemeinsame Texte 19, Seite 6).

Ein Höhepunkt dieser gemeinsamen Texte war 1997 das nach mehrjährigem Konsultationsprozess entstandene Papier „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit. Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland“ (herausgegeben vom Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland und vom Sekretariat der

Ein rumänisch-orthodoxer Priester heißt am 5. September 2007 einen katholischen Priester bei der Eröffnung der dritten Europäischen Ökumenischen Versammlung in Sibiu (Hermannstadt)/Rumänien willkommen.

©picture-alliance/dpa, Foto: epa/Radu Micu



Deutschen Bischofskonferenz, Hannover/Bonn 1997). Auch wenn seither eine Reihe von Texten in jeweils eigener Regie der beiden großen Kirchen zur Thematik der sozialen Gerechtigkeit erschienen ist, wird vor allem das Sozialwort zitiert. Hier zeigt sich, dass die Stimme der Christen klarer in der Gesellschaft wahrgenommen wird, wenn sie gemeinsam und, wie in diesem Fall, aufgrund des Konsultationsprozesses mit einem breiteren gesellschaftlichen Rückhalt sprechen.

Gemeinsam für den Lebensschutz

Eine besondere Rolle bei diesen Schriften spielen die Stellungnahmen zum Lebens-

schutz und zur Bioethik. Wegweisend war die Publikation *Gott ist ein Freund des Lebens* (Trier 1989), eine gemeinsame Erklärung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und der Deutschen Bischofskonferenz (DBK) in Verbindung mit der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK), also eine gemeinsame Aussage fast aller christlichen Kirchen in Deutschland. Begleitet und unterstützt werden die Texte, die zu Fragen der Sterbebegleitung, Auseinandersetzung über Fragen der Sterbehilfe, Organtransplantationen, Chancen und Risiken der pränatalen und prädikativen Diagnostik sowie der Präimplantationsdiagnostik Stellung nehmen, von der jährlich stattfindenden „Woche für das Leben“. Die seit 1994 in gemeinsamer Trägerschaft der EKD und DBK durchgeführten Aktionen greifen verschiedene Felder des Lebensschutzes auf.

Trotz großer Einträchtigkeit bei der Eröffnung der „Woche für das Leben“ 2011 durch Erzbischof Robert Zollitsch und Präses Nikolaus Schneider zeigten sich in den letzten Jahren zunehmend Differenzen (zu den Gründen: Christoph Krauß, Gerhard Kruij: „Mit einer Stimme sprechen. Zur Zukunft einer gemeinsamen politischen Diakonie der Kirchen“, in: *Versöhnt verschieden? Perspektiven der Ökumene, Herder Korrespondenz Spezial*, 2010). Schon im Herbst 2007 erwog der damalige Vorsitzende des Rats der EKD, Bischof Wolfgang Huber, ob in der embryonalen Stammzellforschung der Stichtag verschoben werden dürfe. Manche Katholiken empfanden das als ein Ausscheren aus dem Konsens zum Schutz embryonaler Stammzellen, weil sie bei einer Verlegung des Stichtags einen Dambruch befürchteten.

Auch die Frage der Präimplantationsdiagnostik sorgte für Irritationen. Zwar sprach sich der Rat der EKD im Februar 2011 dafür aus, an dem ablehnenden Beschluss von 2003 festzuhalten. Aber es

gab auch Stimmen, die zu bedenken gaben, „ob eine Zulassung der PID mit dem Ziel verantwortbar“ sei, „lebensfähige Embryonen zu identifizieren“ (vergleiche „Beim Lebensschutz hört die Ökumene schnell auf“, in: *Die Welt*, 10. Mai 2011). Die katholische Kirche hält dagegen an einem strikten Verbot fest. Gleichwohl verlaufen die unterschiedlichen Auffassungen oft quer zu den Konfessionsgrenzen. So überrascht es nicht, dass immer wieder die Nähe der ökumenischen Grundüberzeugungen betont wird – zuletzt im Zusammenhang mit der gemeinsamen Handreichung *Christliche Patientenverfügung* vom Januar 2011, die auf einer breiten Basis aller christlichen Kirchen verabschiedet wurde.

Hand in Hand im sozialetischen Diskurs

Aus der Analyse neuerer Bücher zur Sozialethik leitete der neue bayerische Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm ein zunehmendes Verschwinden der klassischen konfessionellen Unterschiede ab; das wechselseitige Gespräch habe Früchte getragen (siehe Bedford-Strohm, Heinrich: „Ökumene in der Sozialethik“, in: *Herder Korrespondenz* 62, 2008). Konfessionsübergreifend ist auch der „Gesprächskreis Christliche Sozialethiker“, den der Ehrenvorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bernhard Vogel, zusammengerufen hat. Als erstes Ergebnis wurde 2006 die Schrift *Im Zentrum: Menschenwürde. Politisches Handeln aus christlicher Verantwortung. Christliche Ethik als Orientierungshilfe* veröffentlicht. Angesichts der großen gesellschaftlichen Herausforderungen will dieses Grundsatzpapier, ausgehend von der Menschenwürde und vom christlichen Menschenbild, Maßstäbe für Handeln in den verschiedenen Politikfeldern geben (*Im Zentrum: Menschenwürde. Politisches Handeln aus christlicher Verantwortung. Christliche*

Ethik als Orientierungshilfe, herausgegeben von Bernhard Vogel, Berlin 2006).

„Frieden in Gerechtigkeit“

Das gemeinsame Zeugnis in der Gesellschaft erschöpft sich jedoch nicht in schriftlichen Stellungnahmen, sondern lebt von gemeinsamen Aktionen. Nach Anfängen in der Bewegung für Praktisches Christentum „Die Lehre trennt, der Dienst ein“ (vergleiche Oeldemann) entstanden neue Formen zu Beginn der 1980er-Jahre. Ausgehend von der sechsten Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Vancouver 1983, bildeten sich weltweit Diskussionsforen und Basisgruppen, die über Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung berieten. Im Rahmen dieses konziliaren Prozesses fanden auch die Ökumenischen Versammlungen in der damaligen DDR statt, denen eine große Bedeutung für die revolutionären Umbrüche im Herbst 1989 zugeschrieben wird. Ein erster Höhepunkt war die Europäische Ökumenische Versammlung in Basel im Mai 1989. Unter dem Leitwort „Frieden in Gerechtigkeit“ versammelten sich erstmals seit der Reformation Bischöfe und Delegierte sowie eine große Zahl von Gläubigen aus allen christlichen Kirchen, aus Ost und West des damals noch geteilten Europas. Eine Frucht des Prozesses war die Hinwendung der orthodoxen Kirchen zu sozialetischen Fragen, die die einseitige Zuschreibung der Orthodoxie auf Liturgie und Mystik aufhob.

„Ökumene der Herzen“

Nach dem Ende des Kalten Krieges änderten sich die Bedingungen für den konziliaren Prozess. In Europa wurde die Versöhnung zwischen Ost und West zur entscheidenden Herausforderung für die zweite Europäische Ökumenische Versammlung in Graz 1997. Hier gelang es noch einmal mit großer Beteiligung von

Basisgruppen und Delegierten, ethische Leitlinien für das Verhalten von Christen in der Welt zu verabschieden. Die dritte Europäische Ökumenische Versammlung im rumänischen Sibiu/Hermannstadt 2007 konnte nicht zuletzt wegen ihres sehr breiten Themenspektrums nicht mehr die gleiche Strahlkraft erringen. Hierzulande wurde jedoch die aus der Orthodoxie kommende Empfehlung zum gemeinsamen Gebet zur Erhaltung der Schöpfung aufgegriffen. Seit 2010 wird bundesweit ein ökumenischer Tag der Schöpfung begangen.

Wichtige Stationen auf dem Weg zu mehr Gemeinschaft waren in Deutschland die beiden Ökumenischen Kirchentage 2003 in Berlin und 2010 in München. Sie präsentierten einer breiten Öffentlichkeit ein gemeinsames Fest des Glaubens und boten mit zahlreichen Diskussionsforen christliche Positionen für den gesellschaftlichen Diskurs. Die beim Kirchentag 2003 feierlich unterzeichnete, bereits 2001 beschlossene „Charta Oecumenica“ stellt Leitlinien für eine wachsende Zusammenarbeit mit den Kirchen in Europa auf und ist Grunddokument für die ökumenische Arbeit. Ein weiteres herausragendes Ereignis war die wechselseitige Anerkennung der Taufe im Magdeburger Dom 2007. Der zweite Ökumenische Kirchentag bewies, dass die Ökumene „wetterfest“ ist. Das prägende Symbol ging hier vom Fest der tausend Tische aus. In einer orthodoxen Vesper wurde Brot gesegnet und dann von 20 000 Menschen an vielen Tischen auf dem Odeonsplatz geteilt. Dass dieser liturgische Ritus aus der Orthodoxie kommt, verdeutlicht, dass bei den ökumenischen Bestrebungen auch den in Deutschland kleineren Kirchen hohes Gewicht beigemessen wird. Rückblickend stellten die Präsidenten des Kirchentages fest, dass eine „tief greifende Ökumene der Herzen“ keine andere Wahl lasse, als aufeinander zuzugehen – so wie es in vielen

Gemeinden, „die tun, was eint“, selbstverständlich praktiziert wird (Eckhard Nagel, Alois Glück: *Hoffnung haben – Liebe leben. Gemeinschaft an tausend Tischen – Artoklasie und der 2. Ökumenische Kirchentag*, Fulda/Bonn 2011).

Herausforderung 2017

Eine ökumenische Herausforderung der nächsten Jahre wird das Reformationsjubiläum 2017 sein, das schon jetzt auch vonseiten der Politik als großes kulturelles Ereignis vorbereitet wird. Dies wird aber anders begangen werden als 1817 oder auch 1917, als die Feiern das Selbstverständnis des Protestantismus in der jeweiligen Zeit spiegelten. Aus katholischer Sicht kann eine Kirchenspaltung kein Grund zur Freude sein, doch bei einer Würdigung der Ereignisse wird deutlich, dass Luther in mittelalterlichen Traditionen verwurzelt war und keine neue Kirche wollte. „Luther steht tiefer in der katholischen Tradition, als mancher denkt“, schrieb Kardinal Lehmann über die religiösen Wurzeln des Reformators und das schwierige Verhältnis zur evangelischen Kirche (in: *Die Welt*, 30. Oktober 2010). Auch die katholische Kirche hat sich durch die Reformation verändert und verändert sich weiter durch den Austausch in der theologischen Forschung und im Aufgreifen ihrer Erkenntnisse, wenn etwa Papst Benedikt im zweiten Teil seiner Jesus-Biografie sich ausdrücklich auch auf Ergebnisse evangelischer Neutestamentler beruft.

Die Zusammenschau zeigt, wie viel an ökumenischer Gemeinsamkeit gewachsen ist. Umso bitterer werden die unge lösten Fragen bewusst, die, weil sie den persönlichen Bereich berühren, schmerz lich trennend erfahren werden, wie die konfessionsverschiedenen Ehen und die Gemeinschaft beim Abendmahl beziehungsweise der Eucharistiefeyer – eines

der wichtigsten Ziele beim Streben nach sichtbarer Einheit. Belastend wirken sich die Irritationen durch die Erklärung *Dominus Jesus* und die Rede von der *Ökumene der Profile* aus, zumal nicht zu leugnen ist, dass Unterschiede vor allem im Kirchen- und Amtsverständnis bestehen.

Durch beharrliche Ungeduld zur gesellschaftlichen Kraft

Doch können gemeinsame politische und gesellschaftliche Aktionen von der Seelsorge, Gedenkgottesdiensten und Gebetstagen bis zur politischen Kampagne helfen, Gemeinsamkeiten zu befördern, Gespräche auf unterschiedlichen Ebenen Wege zu mehr Einheit bahnen sowie wissenschaftliche Forschung die historischen und gegenwärtigen Gründe für die Gegensätze aufdecken, auf dass Vorurteile und Missverständnisse überwunden werden, man sich immer besser kennenlernt, Vertrauen gewinnt und mit „beharrlicher Ungeduld“ vorankommt auf der „Dauerbaustelle Ökumene“.

Wenn das Christliche in der Gesellschaft präsent bleiben soll und die Kirchen als gesellschaftliche Kraft wirken wollen, müssen sie so viel wie möglich mit einer Stimme sprechen und auf der Grundlage des Evangeliums Werte vermitteln, die in Fragen des täglichen Lebens und der Politik Orientierung geben können, sowie gemeinsam das Wirken Gottes für das Heil der Menschen herausstellen.

Da „das Ringen um eine sichtbare Einheit der Jünger Jesu Christi ein dringender Auftrag für die Christen aller Zeiten und aller Orte“ bleibt, wie Papst Benedikt XVI. in *Jesus von Nazareth* schreibt, ist zu hoffen, dass er tatsächlich bei seinem Deutschlandbesuch Impulse für neue ökumenische Visionen geben und das ökumenische Denken neu inspirieren wird.